



# Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



*Liebe Leserinnen und Leser,*

In der letzten Novemberwoche hat Europäisches Parlament die EU-Kommission endgültig bestätigt, so dass sie am 1. Dezember ihre Amtszeit beginnen konnte. Die 27 Mitglieder der Kommission sind politisch deutlich anders zusammengesetzt als ihre Vorgänger: neben Ursula von der Leyen gibt es 14 weitere EVP Kommissare, dazu fünf Liberale und vier Sozialdemokraten. Tschechien und Zypern haben Kommissare entsandt, die der EVP nahe stehen und dazu kommt ein Vizepräsident der Kommission aus Italien und der bisherige ungarische Kommissar.

## AUS DEM INHALT

Ausgabe Dezember 2024

- **EU-Parlament stimmt über neue Kommission ab**
- **Solidarität mit der Ukraine**
- **zivile Vorsorge und Verteidigungsbereitschaft**
- **Krise der Automobilindustrie**
- **EU-Bildungsprogramm Erasmus+**

Ich hoffe und wünsche, dass die so zusammengesetzte Kommission Gesetzgebungsvorschläge machen wird, die den Investitionsstandort EU attraktiver machen wird, Bürokratie insbesondere bei umfangreichen Berichtspflichten deutlich zurückschneidet, den Asyl- und Migrationspakt umsetzt und dem neuen Kommissar für Verteidigung ermöglicht Initiativen zu ergreifen, die unsere Verteidigungsindustrie so stärkt, dass wir uns so schnell wie möglich glaubwürdig verteidigen können. Denn der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert an, und wenn wir unsere Unterstützung nicht verstärken und gleichzeitig „kriegstüchtig“ werden, erhöht sich das Risiko, dass Putin sich ermuntert fühlt, uns zu testen. Dazu darf es nicht kommen.

Wir stehen also nicht nur in dieser Frage vor großen Herausforderungen. Aber gemeinsam sind wir stark und können zuversichtlich in das Jahr 2025 starten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Ihr

*Michael Gahler*



# EU-Parlament stimmt über neue Kommission ab

Endlich ist es geschafft. Die neue EU-Kommission unter Ursula von der Leyen kann ihr Amt antreten, nachdem das Europäische Parlament sie Ende November mit absoluter Mehrheit bestätigt hat. Am 1. Dezember hat die neue Kommission ihre Arbeit aufgenommen.

Es war gut, dass es keine weiteren politisch motivierten Verzögerungen gab, denn die globalen Herausforderungen könnten größer nicht sein, Europa muss jetzt liefern. Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung, und Außengrenzschutz, um nur einige besonders drängende Probleme zu nennen, dulden keinen weiteren Aufschub. Gerade in Zeiten schwacher Regierungen in wichtigen Mitgliedstaaten wie Deutschland oder Frankreich kommt der EU-Kommission eine besonders wichtige Rolle zu.

Ursula von der Leyen kann die kommenden fünf Jahre auf ein stabiles Fundament im Europäischen Parlament aus Christdemokraten, Sozialisten, Liberalen und teils auch Grünen und Konservativen bauen. Dass allerdings die deutschen SPD-

Abgeordneten gemeinsam mit AfD, BSW und Linken der EU-Kommission die Zustimmung verweigert

haben, ist enttäuschend und verantwortungslos. Anscheinend fühlt sich die SPD im Pro-Putin-Anti-Europa-



**Teresa Ribera Rodríguez**  
Exekutiv-Vizepräsidentin

Sauberer, fairer und wettbewerbsfähiger Wandel



**Maroš Šefčovič**  
Mitglied der Kommission

Handel und wirtschaftliche Sicherheit  
Interinstitutionelle Beziehungen und Transparenz



**Ursula von der Leyen**

Präsidentin

**Valdis Dombrovskis**  
Mitglied der Kommission  
Wirtschaft, Produktivität, Umsetzung und Vereinfachung

**Olívér Várhelyi**  
Mitglied der Kommission

Gesundheit und Tierwohl



**Wopke Hoekstra**  
Mitglied der Kommission

Klima, Netto-Null-Emissionen und sauberes Wachstum



**Stéphane Séjourné**  
Exekutiv-Vizepräsident

Wohlstand und Industriestrategie



**Jozef Sikela**  
Mitglied der Kommission

Internationale Partnerschaften



**Costas Kadiris**  
Mitglied der Kommission

Fischerei und Meere



**Magnus Brunner**  
Mitglied der Kommission

Inneres und Migration



**Jessika Roswall**  
Mitglied der Kommission

Umwelt, resiliente Wasserversorgung und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft



**Roxana Mînzatu**  
Exekutiv-Vizepräsidentin

Soziale Rechte und Kompetenzen, hochwertige Arbeitsplätze und Vorsorge



**Ekaterina Sachariewa**  
Mitglied der Kommission

Start-Ups, Forschung und Innovation



**Michael McGrath**  
Mitglied der Kommission

Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz



**Christophe Hansen**  
Mitglied der Kommission

Landwirtschaft und Ernährung



## Ungebrochener Erfolg des EU-Bildungsprogramms Erasmus+

Camp am wohlsten, obwohl ihre sozialistische Fraktion mit großer Mehrheit zustimmte. Umso positiver

war, dass FDP und Grüne gemeinsam mit uns Christdemokraten die Kommission bestätigt haben.

Seit 1987 unterstützt die EU mit dem Erasmus-Programm Bildungsaufenthalte von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Lehrkräften, Professorinnen und Professoren sowie von Fachleuten in der schulischen und beruflichen Bildung und der Jugendbetreuung im Ausland. Im EU-Haushalt von 2021 bis 2027 stehen hierfür rund 26,2 Milliarden Euro zur Verfügung, wovon 2022 Deutschland alleine 200 Millionen für die Bildungsaufenthalte von Studierenden und Lehrpersonal zur Verfügung standen. Damit konnten 350 deutsche Hochschulen unterstützt werden, ca. 55.000 Studierende und Lehrende wurde ein Auslandsaufenthalt ermöglicht. Seit 1987 haben mehr als 13,7 Millionen Menschen von der Förderung durch Erasmus+ profitiert.



**Ursula von der Leyen**  
Präsidentin der Kommission  
Verantwortung für  
Wirtschaft und  
Wachstum

**Dubravka Šuica**  
Mitglied der Kommission  
Mittelmeerraum

**Henna Virkkunen**  
Exekutiv-Vizepräsidentin  
Technologische Souveränität,  
Sicherheit und Demokratie

**Andrius Kubilius**  
Mitglied der Kommission  
Verteidigung und  
Weltraum

**Marta Kos**  
Mitglied der Kommission  
Erweiterung

**Maria Luis Albuquerque**  
Mitglied der Kommission  
Finanzdienstleistungen,  
Spar- und  
Investitionsunion

**Hadja Lahbib**  
Mitglied der Kommission  
Gleichberechtigung  
Krisenvorsorge  
und  
-management

**Kaja Kallas**  
Hohe Vertreterin  
Vizepräsidentin  
Außen-  
und Sicherheits-  
politik

**Piotr Serafin**  
Mitglied der Kommission  
Haushalt,  
Betrugbekämpfung  
und öffentliche  
Verwaltung

**Dan Jørgensen**  
Mitglied der Kommission  
Energie und  
Wohnungswesen

**Mathias**  
Mitglied der Kommission  
Wirtschaft,  
Wettbewerb  
und  
Verbraucherschutz

**Apostolos Tzitzikostas**  
Mitglied der Kommission  
Nachhaltiger  
Verkehr und  
Tourismus

**Raffaele Fitto**  
Exekutiv-Vizepräsident  
Kohäsion und  
Reformen

**Glenn Micallef**  
Mitglied der Kommission  
Generationen-  
gerechtigkeit,  
Jugend, Kultur  
und Sport



Erasmus+

## Kein Rauchverbot unter freiem Himmel

Viel Rauch um nichts. So kann man den Wirbel um einen Resolutionsentwurf zusammenfassen, der im November zur Abstimmung im Europäischen Parlament stand und im Vorfeld für sehr viel Aufmerksamkeit sorgte.

Nichtraucher- und Gesundheitsschutz sind zweifellos sehr wichtig. Jede Zigarette, die nicht geraucht wird, ist gut für die Gesundheit und auch die Auswirkungen des Passivrauchens müssen ernst genommen werden. Was aber zur Abstimmung stand, ging

zu weit. Ein rechtlich nicht-bindender Resolutionstext forderte, Rauchen an vielen Orten des öffentlichen Lebens unter freiem Himmel künftig nicht mehr zu erlauben - also auch in Parks, auf Weihnachtsmärkten, Außenflächen von Restaurants und Bars, Caféterrasen und Stränden. Das hatte nur noch wenig mit Gesundheitsschutz zu tun, aber viel mit Bevormundung.

CDU und CSU hatten sich frühzeitig entschieden, die Resolution abzulehnen. Eu-

ropa ist für Rauchverbote überhaupt nicht zuständig und die Resolution hätte keinerlei Auswirkungen gehabt. Schon so hat sie vor allem dafür gesorgt, Europa in ein schlechtes Licht zu rücken. Dass es letztendlich keine Mehrheit für den Vorstoß im Europäischen Parlament gab, ist positiv. Gerade in Zeiten wie diesen müssen wir uns in der EU dringend um unsere Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und die geopolitische Weltlage kümmern, nicht um bevormundende Detail-Regulierung.

## Verbesserung der zivilen Vorsorge und der Verteidigungsbereitschaft Europas nötig

Das Europäische Parlament hat im November eine Verbesserung der zivilen Vorsorge und der Verteidigungsbereitschaft Europas angemahnt. Grundlage der Debatte war eine Bestandsaufnahme des ehemaligen finnischen Präsidenten Sauli Niinistö, der vorgeschlagen hatte, künftig 20 Prozent der EU-Mittel in Verteidigung und zivile Krisenvorsorge zu investieren. Er empfahl außerdem eine bessere Kooperation zwischen EU und NATO,

stärkere Zusammenarbeit der europäischen Geheimdienste und verpflichtende Standards beim Zivilschutz.

In der Debatte machten CDU und CSU deutlich, dass Europas Sicherheitsarchitektur unter gewaltigem Druck steht. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die erneute Wahl Donald Trumps zum U.S.-Präsidenten sowie der Klimawandel stellen den Kontinent vor beispiellose He-

erausforderungen. Hierfür sei die EU nur unzulänglich gerüstet, hieß es. Für CDU/CSU ist klar, dass es höchste Zeit ist, um die militärische und zivile Verteidigungsstrategie Europas auf eine breitere Basis zu stellen und stärker zu vernetzen. Der Bericht Sauli Niinistö hat hierbei den Finger in die Wunde gelegt.

Eine effektive Krisenvorsorge bedarf nicht nur einer gestärkten militärischen Verteidi-



gungsfähigkeit, sondern erfordert auch ebenso leistungsfähige zivilgesellschaftliche Strategien und Instrumente. Es ist ein großer Fortschritt, dass beide Elemente nun

ernsthaft aufgegriffen werden, um die Widerstandsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken. Letztendlich wird es dabei besonders auf den Willen der Mitgliedstaat-

ten ankommen. Sie müssen zur Zusammenarbeit für eine verbesserte Wehrhaftigkeit bereit sein. Halbherzigkeiten wird sich Europa künftig nicht mehr leisten können.

## Steuerung der Migration durch Förderung von Abschiebungen

Im Oktober hat das Europäische Parlament einen ganzheitlichen Ansatz zur Steuerung der Migration debattiert. Ein Schwerpunkt der Debatte lag darauf, wie Abschiebungen von Migranten ohne Bleiberecht in der EU gefördert werden können. CDU/CSU und die EVP forderten die EU-Kommission auf, so schnell wie möglich ein neues Gesetz vorzulegen, um Rückführungen zu beschleunigen und sicherzustellen, dass Rückführungsentscheidungen in ganz Europa gegenseitig anerkannt wer-

den. Dass es hieran nach wie vor hakt, zeigen die Zahlen: Derzeit wird in Europa nur einer von fünf Migranten ohne Bleiberecht in seine Heimat zurückgeschickt.

Um eine solide und faire Migrationspolitik zu gewährleisten, braucht es europäische Lösungen. Die Aushandlung und Umsetzung des Ayl- und Migrationspakts ist hierbei der erste Schritt. Gleichzeitig müsse die EU mehr Migrationsabkommen mit Transit- und Herkunftsstaaten ab-

schließen, hieß es in der Debatte. Diese Länder müssten ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung nachkommen und ihre Staatsangehörigen zurücknehmen. Dafür ist wiederum eine echte Drittstaatskooperation notwendig. All dies muss auf der Einhaltung der Menschenrechte basieren, welche auch eine unverzichtbare Grundlage für den Abschluss von Migrationsabkommen ist. Es geht darum, Humanität und Ordnung an und innerhalb der europäischen Grenzen herzustellen.

## Kürze Flugrouten dank einheitlichem Europäischen Luftraum



Europa wächst weiter zusammen, jetzt auch endlich in der Luft. Bislang ist jeder Flug in Europa im Schnitt 49 km länger als die Luftlinien-Distanz. Das liegt vor allem daran, dass nationale Grenzen auch in der Luft bestehen und so oft nicht die schnellste Flugroute gewählt werden kann. Die im Oktober verabschiedete Re-

form des europäischen Luftraums ist ein wichtiger Schritt für Passagiere und Fluggesellschaften zur Verkürzung der Flugzeiten. Europa bekommt eine neue europäische Luftraumarchitektur, die vor allem auf besserer Koordinierung beruht. Ziel ist es, Engpässe im Luftraum zu beseitigen und eine effizientere Luftver-

kehrskontrolle zu schaffen. Dies wird Kosten und Emissionen durch kürzere und sicherere Flüge verringern. Alle europäischen Luftfahrtunternehmen und insbesondere die europäischen Bürger werden davon profitieren.

Leider bleibt ein fader Beigeschmack: Die EU-Mitgliedstaaten waren nicht bereit, den ganzen Weg zu einem wirklich einheitlichen europäischen Luftraum zu gehen. Weitergehende Vorschläge des Parlaments für noch mehr Effizienz wurden verhindert. Dies ist eine vertane Chance. Dass nach über 10 Jahren überhaupt ein Gesetz zustande gekommen ist, ist dennoch ein großer Erfolg.

## Parlament debattiert Krise der Automobilindustrie

Die schlechten Nachrichten aus der Automobilindustrie machen deutlich, dass sich die Automobilindustrie in Europa und insbesondere auch in Deutschland in einer schweren Krise befindet. Die Pariser Klimaschutzziele, die Verlagerung zu Elektromobilität, zunehmender internationaler Wettbewerb mit ungleichen

Bedingungen und Standortfaktoren führen zu höheren Produktionskosten im globalen Vergleich und stellt die Automobilindustrie und deren Zulieferer vor immense Herausforderungen. Im Oktober widmete sich das Europäische Parlament diesem Thema mit einer ausführlichen Debatte.

Die Abgeordneten von CDU/CSU, die auch ein Positionspapier zu dem Thema verfasst haben, betonten dabei die international führende Rolle der europäischen Automobil- und Zulieferindustrie als Fundament für Arbeitsplätze, Innovation und Wohlstand. So gelte es, die europapolitischen Rahmen-

bedingungen für eine stärkere Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie anzupassen, wobei auch die Förderung nach der Abschaffung des Verbrennerverbots ab 2035 wiederholt wurde.

Ebenso sei von Strafzahlungen an die Automobilindustrie abzusehen, da dies der Branche, die sich mitten in einem tiefgreifenden Transformationsprozess hin zu klimaschützender Mobili-

tät befindet, dringend benötigte Finanzmittel entziehen und Wettbewerbsnachteile gegenüber Automobilherstellern aus Drittstaaten – insbesondere aus China – weiter verschärfen würde.

## Debatte zur Zukunft der Landwirtschaft



Nach zahlreichen Bauernprotesten in den vergangenen Monaten hat das Europaparlament über Maßnahmen beraten, wie die gemeinsame EU-Agrarpolitik in Zukunft gestaltet werden könnte. Grundlage der Debatte waren Empfehlungen, die auf Anregung der EU-Kommission von Vertretern aus Landwirtschaft, Umwelt-, Tier- und Naturschutzorganisationen, Verbraucherschutz sowie Agrar- und Ernährungs-

industrie seit Jahresanfang in mehreren Treffen erarbeitet wurden. Für CDU und CSU ist es ein gutes Zeichen, dass die EU-Kommission erkannt hat, dass die europäische Landwirtschaft einem ständigen Anpassungsdruck ausgesetzt ist.

Die CDU/CSU-Abgeordneten haben in der Debatte deutlich gemacht, dass sie die Reformvorschläge grundsätzlich unterstüt-

zen. So sind gesonderte Gelder, die dazu dienen, den Agrarsektor zukunftsfit und anpassungsfähig an eine sich verändernde Umwelt zu machen, ein erster Schritt in die richtige Richtung. Richtig ist auch, dass Hilfen für einen gerechten Generationswechsel und die Förderung von Junglandwirten eine große Rolle für die dynamische Weiterentwicklung des ländlichen Raums spielen werden. Positiv hervorzuheben ist außerdem die Betonung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft. Gerade im Fall von unlauteren Handelspraktiken muss der Sektor unterstützt werden.

Eingriffe in die Essgewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger gehen aber zu weit. Als CDU und CSU glauben wir, dass die Verbraucher selbst darüber entscheiden sollen, was bei ihnen zu Hause auf den Tisch kommt.

## EU-Parlament bekräftigt Solidarität mit der Ukraine



Am 19. November erreichte der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die traurige Marke von 1.000 Tagen, die das Europäische Parlament mit einer Sondersitzung und einem Austausch per Videoschale mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj beging.

Dem schloss sich am 28. November eine Plenarresolution an, in der das EU-Parlament seine Solidarität mit der Ukraine erneut mit großer Mehrheit bekräftigte und entsprechende Forderungen an die Mitgliedstaaten formulierte, ihre finanzielle, humanitäre und militärische Unterstützung der Ukraine weiter auszubauen, damit sich die

Ukraine erfolgreich gegen die russische Aggression behaupten kann. Unter anderem erneuerte das Parlament seine Forderung nach der Lieferung von deutschen Taurus-Marschflugkörpern, gerade angesichts der Aufgabe der Reichenweitenbegrenzung für gelieferte Waffen seitens

der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Ebenso verurteilten die Abgeordneten die Internationalisierung des Konflikts durch Putin in Gestalt der Teilnahme nordkoreanischer Soldaten auf russischer Seite sowie die Unterstützung Russlands durch China, jüngst auch mit militärischem Gerät, aufs Schärfste.

Der Ständige Berichterstatter des Europäischen Parlaments zur Ukraine, Michael Gahler (CDU), führte im Rahmen der Debatte dazu aus: „Wir müssen in dieser Phase des Krieges, wo nicht klar ist, wie sich die künftige amerikanische Administration verhalten wird, die verbleibende Zeit nutzen. Vom amtierenden

deutschen Bundeskanzler erwarte ich nichts mehr, bin aber zuversichtlich, dass die eindeutigen Äußerungen der Parteivorsitzenden von CDU, FDP und Grünen im Hinblick auf die Taurus Lieferungen in einer neuen Koalition umgesetzt werden.“

### IMPRESSUM

**Michael Gahler**  
EVP-Fraktion im  
Europäischen Parlament  
ASP 15 E 262

**B-1047 Brüssel**  
**Tel +32-2-2845977**  
**Fax +32-2-2849977**  
**michael.gahler@europarl.europa.eu**  
**www.michael-gahler.eu**  
**michael.gahler.eu**



**Europabüros:**

**Wasserweg 2**  
**64521 Groß-Gerau**  
**Tel: +49-6152-932510**  
**und Steubenplatz 12**  
**64293 Darmstadt**  
**Tel: +49-6151-1712-13**

**Bildnachweis:**

*Europäisches Parlament,  
Europäische Kommission  
freepik.com*